

Aufzeichnungen von den Vorträgen vorlegen zu können. Selbstverständlich können die Reise- und Kongresskosten nicht angesetzt werden, wenn diese von einem Unternehmen getragen werden.

HINTERGRUND

Komfortlösung als Rettungsanker

Viele Regionen lassen sich mittlerweile einiges einfallen, um junge Ärzte in die Provinz zu locken. **3**

GESUNDHEITSPOLITIK

Patientengespräch gefährdet

Psychotherapeuten befürchten, daß das Geld das Klima in den Praxen mitbestimmen wird. **7**

Wer will die Einheitskasse?

Eine Patienten-Umfrage in Sachsen sorgt unter Krankenkassen für massiven Streit. **7**

Arzt will Präsident werden



Der Internist Howard Dean startet erfolgreich als demokratischer Bewerber in den US-Präsidentenwahlkampf. **8**

WIRTSCHAFT

IGeL-Manager helfen

Vertragsärzten professionell bei der Einführung von IGeL-Leistungen zu unterstützen, dafür wurde IGeldoc gegründet. **14**

Neuer HVM ärgert Internist

Der hausärztliche Internist Dr. Uwe Brämer aus Magdeburg erwartet einen erheblichen Umsatzverlust – die KV sieht dies anders. **15**

GESELLSCHAFT

Investition in die Zukunft

Der Arzneimittel-Hersteller Grünenthal hat in Aachen ein Bildungszentrum eingeweiht, in dem auch Auszubildende anderer Firmen gefördert werden. **19**

ÄRZTE+ZEITUNG Postfach 20 02 51
Verlagsgesellschaft mbH 63077 Offenbach

Leser-Service:

Tel.: (0 61 02) 50 60
Fax: (0 61 02) 0 61 23

Redaktion:

Tel.: (0 61 02) 2609 / X
Fax: (0 61 02) 5 2609 / X
ZB MED arztezeitung.de
(0 61 02) 5 81 40 arztezeitung.de

fast allen KVen liegen fertige Verträge für ein DMP Diabetes auf dem Tisch.

Was fehlt, ist das Okay des Bundesversicherungsamts. Das ergab eine Umfrage der „Ärzte Zeitung“ vor kurzem bei 23 KVen. In 19 KVen ist ein DMP Diabetes mit Kassen verabschiedet worden. Zugelassen ist bisher nur das Diabetes-Programm in Sachsen-Anhalt. Für ein Brustkrebs-DMP liegen in drei Regionen Verträge auf dem Tisch. Von zwei Ausnahmen abgesehen sind die KVen Vertragspartner der Kassen – der befürchtete Abstieg der KVen in die politische Zweitklassigkeit ist ausgeblieben. Doch Zweifel blei-

Partner sollten Pleitefall regeln

ÜLZEN (eb). Geht der Partner einer Gemeinschaftspraxis in die Insolvenz, ist die BGB-Gesellschaft beendet, eine neue mußte gegründet werden. Darauf macht Rechtsanwalt Johannes Zimmermann aus Ülzen aufmerksam. Aus seiner Sicht als Insolvenzverwalter wäre wichtig, daß die Gemeinschaft auf den Insolvenzfall eines Partners vorbereitet ist, zumindest sollte die Höhe der Abfindung geklärt sein. Schwierigkeiten kann es auch bei den KV-Zahlungen geben. Deshalb sei es wichtig, daß mit dem Insolvenzverwalter rechtzeitig Kontakt aufgenommen werde. **Siehe auch Seite 14**

nehmenden Ärzte wachsen wird.

Zwar reduzierte das Gesundheitsministerium nach Protesten die Zahl der Patientendaten, die Ärzte an die Kassen übermitteln müssen. Doch noch immer besteht die Gefahr, daß die Programme zu Verwaltungsmonstern werden. Dies hängt davon ab, wie lembereit die Kassen beim Feintuning der DMP sind. So droht etwa in Westfalen-Lippe das EDV-Mittelalter – die Dokumentationsbögen sind nicht Computer-kompatibel.

Die „Ärzte Zeitung“ dokumentiert heute den ersten Teil der KV-Übersicht. Der zweite Teil erscheint in der Ausgabe am Montag. **Siehe auch Seite 6**

Transplantationen

Akute Abstoßungsreaktionen sind se-

NEU-ISENBURG (ple). Einer der größten Erfolge der Transplantationsmedizin ist, daß akute Abstoßungsreaktionen inzwischen gut in den Griff zu bekommen sind. Zu verdanken ist dies vor allem der breiten Palette an immunsuppressiv wirkenden Medikamenten, von Steroiden, Calcineurin-Hemmern, neuartigen Enzymhemmern bis zu mono- und polyklonalen Immunglobulinen. Allein mit Hilfe des Calcineurin-Hemmers Ciclosporin ist es in den vergangenen zehn Jahren gelun-

gen, die In-

lungen auf

im ersten Ja

zu senk

Über

die Ch

der Abstoß

das Risiko f

ganabstoßu

wird. **Siehe**

Steuerfreie Extras senken d

Ärzte können pro Person und Jahr 1000 Euro an Sozialabgaben

NEU-ISENBURG (lu). Um etwa 1000 Euro pro Mitarbeiterin und Jahr können Ärzte ihre Personal-kosten drücken, wenn sie bei Gehaltserhöhungen den Angestellten steuerfreie Leistungen zukommen lassen.

„Das Prinzip ist einfach“, sagt Steuerberaterin Dagmar Kayser-Passmann aus Unna. Statt einer

Gehaltserhöhung könnten Niedergelassene ihren Mitarbeiterinnen steuerfreie Zuschüsse für Essen, Kinderbetreuung oder die Handykosten gewähren. Das erhöht die Motivation, da netto mehr übrig bleibt als bei einer gewöhnlichen Gehaltserhöhung.

„Wer die Möglichkeiten ausgeschöpft, kann einer Angestellten problemlos bis zu 400 Euro im

Monat steu

ziert zukom

lernte Dip

Gesellschaft

zialisierten

Und: Für

keine Sozia

nem Sozia

20 Prozent

der Arzt j

Jahr um die